



Pressekonferenz, 23. März 2018

MILLIONEN FÜRS WOHNEN

Wohnen ist Grundrecht, nicht Spekulationsobjekt

mit Uschi **SCHWARZL**, Klubobfrau
und Bürgermeisterkandidat Georg **WILLI**

Die Stadtregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht

Die aktuelle Wohnbaubilanz zeigt, dass die erste Stadtregierung mit grüner Beteiligung ihre Hausaufgaben gemacht hat: Knapp über 2200 geförderte Wohnungen sind fertiggestellt bzw. in Umsetzung. Dazu kommen 400 Wohnungen mit Sondermietformen (z.B. in den Senior*innenwohnheimen).

Davon konnten 919 Wohnungen neu vergeben werden, rund 1.300 sind in Bau oder kurz davor. Für weitere rund 3.300 Wohnungen laufen Vorbereitungsarbeiten – diese Projekte sind in unterschiedlichen Entwicklungsstadien.

Über die Wohnungsvergabe der Stadt wurden seit 2012 3.875 Wohnungen an Innsbrucker*innen übergeben – weitere 1.500 warten aktuell auf eine Wohnung.

Millionen fürs Wohnen

Innsbruck ist mit 16,- Euro Mietpreis pro Quadratmeter inzwischen zur teuersten Stadt Österreichs geworden. Innsbruck ist attraktiv und soll das auch bleiben – damit den Innsbrucker*innen mehr zum Leben bleibt, müssen jetzt Taten gesetzt werden. Wir freuen uns schon jetzt einen wichtigen Schritt getan zu haben, das Kapitel Wohnen im neuen Regierungsprogramm „Entschlossen regieren. Tirols Zukunft sichern.“ wird Grundlage für günstigeres Wohnen in Innsbruck sein.

Fast eine Viertelmilliarde wird in den kommenden Jahren für gefördertes und studentisches Wohnen sowie Sanierungen und ein Mietunterstützungsmodell in Tirol investiert werden.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

- **Den Start einer Offensive für leistbares Wohnen zur Entlastung des Tiroler Wohnungsmarktes. Dafür werden in der kommenden Legislaturperiode 2018-2023 mindestens 230 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln für die Wohnbauförderung zur Verfügung gestellt, die sich grob wie folgt verteilen:**
 - zusätzliche 120 Millionen Euro für weitere 2000 geförderte Wohnungen
 - zusätzliche 50 Millionen Euro für modernes studentisches Wohnen im Tiroler Zentralraum
 - zusätzliche 20-30 Millionen Euro für den geförderten, verdichteten Wohnbau (Boden sparen, Sanierungen)
 - zusätzliche 30 Millionen Euro für ein landesweites Mietunterstützungsmodell

Wohnen soll ein Grundrecht sein und kein Spekulationsobjekt, deswegen sollen geförderte Wohnungen vor Spekulation geschützt werden.

- **Alles zu unternehmen, um Immobilienspekulation im geförderten Wohnbau zu unterbinden. Dies gilt sowohl für den Landesbereich, als auch für allenfalls notwendige bundesgesetzliche Änderungen. So sollen insbesondere Maßnahmen wie etwa qualifizierte Vorkaufsrechte, längere Preisbindung durch die Wohnbauförderung bei Verkauf und Weitervermietung umgesetzt werden. Die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen erfolgt so rasch wie möglich. Einigkeit besteht, dass die oben genannten bundesgesetzlichen Maßnahmen zum WEG und WGG umgehend umgesetzt werden sollen.**

Eine wichtige Maßnahme ist die Mobilisierung von Leerständen – dazu meint das neue Regierungsprogramm:

- **Gemeinsam mit der Landeshauptstadt Innsbruck nach Durchführung einer Leerstandserhebung als Grundlage ein Mobilisierungskonzept zu entwickeln, um derzeit ungenutzten Wohnraum zu beleben.**

- Die Prüfung einer Leerstands- und Zweitwohnsitzabgabe.

12.000 Wohnungen sollen errichtet werden – auch wenn nicht alle davon in Innsbruck errichtet werden, entlasten sie doch den Markt indirekt.

- **Eine Realisierung von zumindest 12.000 Wohnungen in Tirol im Rahmen einer geförderten Wohnbauoffensive mit besonderem Fokus auf Regionen mit starkem Bevölkerungswachstum. Das Land Tirol bekennt sich zur Bereitstellung der dafür notwendigen Mittel.**

Die Universitäten und Fachhochschulen sind genau wie die Studierenden ein wichtiger und identitätsstiftender Teil Innsbrucks. 50 Millionen sollen für einen Studierendencampus und studentisches Wohnen investiert werden – auch das entlastet den Innsbrucker Wohnungsmarkt für alle.

- **Die Realisierung eines Studierendencampus und sonstiger Projekte des studentischen Wohnens im Großraum Innsbruck in Abstimmung mit der Stadt Innsbruck und allenfalls beteiligten Gemeinden unter Berücksichtigung moderner Wohnformen. Diese Projekte sollen vor allem den Wohnungsmarkt in Innsbruck entlasten. Für diese Projekte stehen in den kommenden fünf Jahren seitens des Landes mindestens 50 Mio. € zur Verfügung.**

Alle sollen ein Dach über dem Kopf haben - es wurden bereits neue Notschlafplätze geschaffen, weitere sollen in Zusammenarbeit mit den Tiroler Gemeinden entstehen.

- **Die Sicherstellung einer ausreichenden Infrastruktur samt Notschlafplätzen für wohnungslose und prekär lebende Menschen auch außerhalb der Ballungsräume im Zusammenarbeit mit den Planungsverbänden und den Tiroler Gemeinden.**

Die unterschiedlichen Regelungen und Wartefristen in der derzeitigen Mietzinsbeihilfe in den Tiroler Gemeinden sollen durch ein gemeinsames neues Modell ersetzt werden. Hier wollen wir die Solidarität mit Innsbruck einfordern und gleichzeitig die Mieter*innen unterstützen.

Ein konkretes Mietunterstützungsmodell bzw. eine Adaptierung der Mietzins- und Annuitätenbeihilfe wird von der Landesregierung bis 1.10.2018 gemeinsam mit den Sozialpartnern und dem Tiroler Gemeindeverband ausgearbeitet und anschließend zur Beschlussfassung mit Wirksamkeit 1.1.2019 vorgelegt. Ziel ist die Entlastung von Mieten unter der Vermeidung von Mitnahmeeffekten.

Schließlich ist auch die Kooperation mit der Stadt Innsbruck im Koalitionspakt fixiert: Nur gemeinsam wird dieses Investitionsprogramm den größtmöglichen Nutzen für die Innsbrucker*innen entfalten können und Wohnen wieder leistbar machen.

So wollen wir der Spekulation im geförderten Wohnbau ein Ende setzen, den Markt mit Transparenz lüften und mit dem Bau von 12.000 geförderten Wohnungen in den nächsten fünf Jahren und der Errichtung eines großen Studentencampus in Innsbruck den überhitzten Wohnungsmarkt entlasten. Gemeinsam mit der Stadt Innsbruck wollen wir zudem auf Grundlage einer Leerstandserhebung Mobilisierungskonzepte für leerstehenden Wohnraum entwickeln. Entwicklungen, die dem Ziel des leistbaren Wohnens entgegenwirken, wie illegale Zweitwohnsitze, sind mit allen bestehenden Instrumenten einzudämmen.

Jetzt geht's um Innsbruck!

Wir haben noch viel vor: Damit die Entlastung bei den Mieten bei den Innsbrucker*innen ankommt, muss auch die künftige Stadtregierung – am besten unter grüner Führung – die Ärmel hochkrempeln. In unserem Wohnprogramm haben wir die Rahmenbedingungen dazu festgelegt:

- Die Wohnbauoffensive muss weitergehen: Die Richtung ist klar, 8.000-10.000 neue Wohnungen sollen den nächsten zehn Jahren in der Stadt realisiert werden.
- Leitlinien für die Vertragsraumordnung sind in Ausarbeitung. Diese sind dann rasch zu beschließen und anzuwenden, um bei Umwidmungen oder Bebauungsplanänderungen private Gewinne und öffentliches Interesse – sprich sozialen Wohnbau – zu verbinden.
- Konsequente Anwendung des 50-30-20-Modells: 50% geförderter Wohnbau, 30% förderungsnaher Wohnbau und 20% frei finanzierter Wohnbau bei der Umwidmung privater Grundstücke, damit auch die Allgemeinheit profitiert.
- Keine Spekulation mit gefördertem Wohnbau: Gemeinsam mit dem Land Tirol wollen wir dafür sorgen, dass einmal geförderte Wohnungen später nicht zu Spekulationsobjekten werden. Auch nach Rückzahlung des Förderdarlehens.
- Wir wollen alternative Wohnformen entwickeln und Wohnen neu denken. Zum Beispiel sollen mit neuen Wohnformen oder Pat*innenschaften Anreize geschaffen werden, damit etwa Senior*innen an Studierende vermieten, die dafür kleinere Erledigungen leisten.
- Neue Wohnformen wie „Housing First“ sollen etabliert werden.
- Wir wollen offensiv alternative Wohnformen für Studierende fördern, die nicht mehr als 380,- Euro pro Person kosten sollen.
- Gemeinsam mit dem Land Tirol wollen wir studentisches Wohnen umsetzen: Ein Campus soll geplant und umgesetzt werden. Diese Maßnahmen sollen den allgemeinen Wohnungsmarkt entlasten.
- Wir wollen den Leerstand erheben und leerstehende Wohnungen mobilisieren.
- Die Mietzinsbeihilfe ab dem ersten Tag bleibt weiter unser Ziel: Mit dem Gemeindeverband und dem Land Tirol soll schnell eine neue Regelung gefunden werden, die den Innsbrucker*innen hilft und den Wohnungsmarkt entlastet.

Leistbares Wohnen – Wir sind bereit!

Wir wollen anpacken und Wohnen wirklich günstiger machen. Innsbruck muss alle zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen und gemeinsam mit dem Land Tirol vom Ankünden ins Umsetzen kommen.

Der hart verhandelte Koalitionsakt muss die Grundlage für schnelle und nachhaltige Maßnahmen sein. Wir garantieren, dass wir als starke Grüne diesen Akt mit Leben füllen werden – in Kooperation mit unseren Kolleg*innen in der Landesregierung und mit der Unterstützung unserer Wähler*innen.

Der Akt braucht starke Treiber*innen – die werden wir sein: Ohne harte Verhandlungen wird es nicht gehen, wir sind bereit alles für die Innsbrucker*innen zu geben.